

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 67 (1973)
Heft: 2

Artikel: Bedingungen einer Lösung des Nah-Ost-Konfliktes
Autor: Bartsch, Hans-Werner
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-142172>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

dern uns im Gegenteil bemühen, mit einem Fonds wirtschaftlicher Hilfe die nationalen Revolutionen sogar zu unterstützen.

Die australische Politik eines Ausschlusses der Asiaten (White Australia Policy) belastet unser Gewissen seit dreißig Jahren, und die schlechte Behandlung unserer Ureinwohner liegt uns seit hundert Jahren schwer auf. Wir können jene Schande nie auslöschen, aber wir haben die Möglichkeit, einiges gut zu machen an den Eingeborenen, die noch unter uns sind.

Wir müssen imstande sein, uns mutig vom Kriegspfad abzuwenden, um Wege des Friedens zu erforschen. (Ob Dr. Cairns mit dieser Idee durchdringt, bleibt abzuwarten. Red.)

Wir können nicht hoffen, uns für immer auf eine Inselfestung zurückzuziehen, hinter einen elektronischen Wall, hinter Nuklearwaffen und 'mächtige Freunde'. Wir können Asien ebensowenig aus unserem Leben fernhalten als die südafrikanischen Weißen sich von schwarzen oder 'farbigen' Afrikanern absondern können. Wir müssen mit Asien zusammen leben.»

Premierminister Gough Whitlam unterstützte, laut «Australian News» vom 1. Februar, den Vorschlag der Vereinigung der Nationen Südostasiens (ASEAN), aus dieser Region eine Zone des Friedens und der Neutralität zu machen. Die Länder Südostasiens hätten nun, wie Whitlam erklärt, eine nochmalige Chance, nachdem der Westen nach dem Koreakrieg und der Genfer-Konferenz die Möglichkeit einer Regelung verpaßt hatte. Mr. Whitlam sagte: «Ich glaube, die USA, die Sowjetunion, Japan und China sind entschlossen, diese zweite Gelegenheit sich nicht entgleiten zu lassen, weil sie wissen, daß es eine dritte Chance nicht geben wird.»

Die Australier werden ermutigt, die alten einfältigen Ängste und Haßgefühle abzulegen, die den nationalen Geist seit Generationen belastet haben. Australien wird sich bemühen, neue Formen regionaler Zusammenarbeit zu finden.

Aus New York wird berichtet, Australien sei wieder dem Sonderkomitee der Vereinten Nationen für Ent-Kolonisierung beigetreten. Es trat vor vier Jahren daraus zurück. Sicher ist dies ein Zeichen, daß Australien in der Weltpolitik mit größerer Unabhängigkeit auftreten und mehr und mehr mit den Nationen der Dritten Welt zusammenarbeiten will. — Red.

Bedingungen einer Lösung des Nah-Ost-Konfliktes

Der «**Stimme der Gemeinde**» vom 15. Januar 1973 entnehmen wir einige, wie uns scheint, faire Überlegungen, die Prof. Hans-Werner Bartsch in

seinem langen Artikel, betitelt «Palästina — Land des Unfriedens», zu obenstehendem Thema äußerte. Wir teilen seine Auffassung, daß eine politische, das heißt die einzig vertretbare Lösung des Konflikts, solange nicht zustande kommen kann, als die beiden Parteien Waffenhilfe und damit offensichtlich auch Weisungen, die nicht den Unterstützung Suchenden dienen, entgegennehmen müssen. — Red.

Es kann bei einer Prüfung der Politik des Staates Israel nicht übersehen werden, daß auch unter säkularen Gesichtspunkten wesentlich Negatives gesagt werden muß. Niemand wird dem Staat Israel, besonders in der gespannten Situation, ein Sicherheitsbedürfnis absprechen können. Die Erfahrung, daß die Staatsgründung mit einem Krieg begann, den die arabischen Staaten gegen den neuen Staat begannen, dessen Hintergründe in der genannten Ungerechtigkeit allerdings nicht vergessen werden dürfen, prägt nicht nur die Politik des Staates, sondern auch das Bewußtsein seiner Bürger. Jedoch muß man von einem Staat, der seine Existenz einem UNO-Beschluß verdankt, erwarten, daß er seine Politik nach dieser Existenzgrundlage ausrichtet. Dem widersprach bereits der sogenannte Suezkrieg, der am 19. Oktober 1956 mit dem Einmarsch der Truppen Israels in die Sinaihalbinsel begann. Es widersprach auch dieser Bindung Israels an die UNO, daß Israel nach dem erfolgten Waffenstillstand sich weigerte, UNO-Truppen als Friedensgarantie auf eigenem Boden zu stationieren. Der Anlaß für den sogenannten Sechstagekrieg 1967, der Rückzug der UNO-Truppen auf ägyptischer Seite aufgrund des Verlangens von Präsident Nasser, bedeutete faktisch nur das Gleichziehen der Ägypter mit der vorherigen Weigerung Israels, den UNO-Truppen die Stationierung zu gewähren. Ein nüchterner Beobachter wird den Ausbruch des Sechstagekrieges darauf als eine Aktion Israels sehen müssen. Die Massierung ägyptischer Truppen trug eindeutig keinen aggressiven Charakter, so kriegerisch auch die Propagandasendungen und -reden der Araber klangen. Es ist inzwischen nachgewiesen, daß der israelische Geheimdienst — nach dem CIA der beste in der ganzen Welt — Informationen über die Unfähigkeit der arabischen Armeen, einen Krieg gegen Israel zu führen, an die Regierung geleitet hatte. Man kann nicht verschweigen, daß der Sechstagekrieg der Expansion des israelischen Staatsgebietes diente und insofern faktisch ein Aggressionskrieg war. Das gilt für die israelische Regierung, wenn auch nicht übersehen werden soll, daß die israelische Bevölkerung vor allem durch die arabischen Drohungen sich in ständiger Gefahr fühlte.

Die Mißachtung der UNO-Resolution vom 22. November 1967, die den Rückzug aller israelischer Truppen aus den besetzten Gebieten forderte, verbunden mit den nationalistischen Forderungen nach einem «Größeren Israel», ist der bis heute nicht korrigierte Fehler israelischer Politik, der den Widerspruch zwischen der Existenzgrundlage des Staates und seiner Politik sichtbar macht. Dabei soll nicht die Erfüllung

dieses Beschlusses durch Israel als zwangsläufige Herbeiführung eines Friedenszustandes im Nahen Osten angepriesen werden. Es kann vielmehr durchaus die Erfüllung mit Maßnahmen verbunden werden, die dem Sicherheitsbedürfnis Israels Rechnung tragen. Dazu könnten durchaus auch Grenzkorrekturen gehören, die etwa in Gegenleistung zur Wiederherstellung des Besitzstandes von Palästinensern in Israel erfolgen könnten. Wenn derartige Grenzkorrekturen mit der vollen Integration der Palästinenser in Israel derart Hand in Hand gehen, wäre es möglich, dafür auch die Zustimmung der Palästinenser zu gewinnen. Und auch Israel sollte im wohlverstandenen eigenen Interesse einer derartigen Lösung des Problems zustimmen, da die inneren Schwierigkeiten des Staates naturgemäß dadurch gewachsen sind, daß eine unterprivilegierte arabische Bevölkerung in dem von Israel kontrollierten Gebiet derart angewachsen ist, daß ein feindliches Gegeneinander die Unruhe nicht nur außenpolitisch, sondern auch innenpolitisch ständig lebendig erhält.

Und damit ist ein letzter Aspekt des Konflikts angesprochen. In Israel wie in den meisten arabischen Staaten entspricht der Gegensatz zwischen Israel und den arabischen Staaten einem inneren Gegensatz zwischen einer schmalen privilegierten Oberschicht und der breiten Masse der Unterprivilegierten. Und in Israel wie in den arabischen Staaten besteht dieser Gegensatz unter den Bürgern des jeweiligen Landes. Besonders die Palästinenser sind davon betroffen, da sie nicht nur in Israel, sondern ebenso in den arabischen Staaten die Unterprivilegierten sind, bis hin zu der versuchten Ausrottung in Jordanien in jenem September, nach dem sich die Terrororganisation «Schwarzer September» nennt. Aber auch in Israel gibt es parallel zu dem Gegensatz zwischen Juden und Arabern einen Gegensatz zwischen der nur ein Drittel der Bevölkerung umfassenden Schicht der europäischen Juden, der Aschkenasim und der Sephardin, den Juden aus den arabischen Ländern. Nur spärlich kommen die Nachrichten über die Auswirkungen dieses Gegensatzes in unsere Presse, wenn etwa einmal die «Black Panther» in Jerusalem eine spektakuläre Demonstration veranstalten. Aber man weiß in Israel sehr wohl, daß nach der enthusiastischen Aufbauzeit hier ein soziales Problem entstanden ist, das den Staat gefährdet. Die Lösung dieses Problems ist nur möglich, wenn der Staat Israel ein Verhältnis zu den Palästinensern regelt auf der Grundlage der Menschenrechte. Und gleichzeitig müßten die arabischen Staaten ihre Probleme der Sozialstruktur anpacken. Es sei nur die überlebte Feudalstruktur in Saudi Arabien, in Jordanien und den Scheichtümern am arabischen Golf genannt. Nur bei einem Prozeß der Veränderung in allen Staaten, der als Ziel demokratische Staatswesen eigener orientalischer Prägung hätte, ist eine Lösung des Konflikts möglich, die an die Stelle eines Nicht-Krieges eine progressive Entwicklung der Zusammenarbeit setzt.

Palästina kann den Charakter eines Herdes des Unfriedens nur dann verlieren, wenn sowohl in Israel wie in den arabischen Staaten ein solcher Prozeß der Veränderung in Angriff genommen, Israel die Abhängigkeit von den USA und vom zionistischen Judentum verliert und die arabischen Staaten die Abhängigkeit von den internationalen Ölkonzernen und damit ihren neokolonialistischen Charakter. Voraussetzung dafür bleibt allerdings Gerechtigkeit für die Palästinenser.

Nähere Berichte über die französischen Atomexplosionsversuche auf dem Mururoa-Atoll 1972

In Wellington/New Zealand hat sich eine Gruppe gebildet, welche sich die Verhinderung weiterer französischer Atomexplosionen im Atollgebiet des Stillen Ozeans zum Ziel gesetzt hat. Diese Gruppe, in welcher führend der Vorsitzende der Methodistenkirche von New Zealand, der Sekretär der Christlichen Studentenbewegung von New Zealand und ein Oberst tätig sind, hat anfangs November 1972 ein Mitteilungsblatt, die «Peace Media News», herausgegeben, welchem die meisten nachstehenden Informationen entnommen sind, die bei uns nicht oder zu wenig bekannt wurden.

Größte Beachtung verdient folgende Mitteilung, welche recht eindrücklich verdeutlicht, was man heute von internationalen Verträgen und Abmachungen in bezug auf die Eindämmung des Kriegsfiebers und die Überwindung der Gefahr eines Atomkrieges zu halten hat:

«Während sie sich in der französischen Versuchszone befand, sichtete die Mannschaft der Greenpeace III (der Yacht der Atomgegner, welche Illegal in die direkte Gefahrenzone gefahren war. WK) nur 15 Meilen NE von Mururoa das USA-Kriegsschiff Wheeling und erhielt die unwidersprechliche Gewißheit, daß auch H. M. S. Percival, ein englisches Kriegsschiff, gemäß den Aussagen von David Mc. Taggart, des Kapitäns der Greenpeace III, anwesend war. Als wir uns auf Mururoa befanden, nachdem die Greenpeace III vom französischen Kriegsschiff La Paimpolaise gerammt worden war, hatte ich die Gelegenheit, an Bord der La Garonne, eines anderen französischen Kriegsschiffes, zu gehen. Nicht weit entfernt lag das Schiff, dessen Namen H. M. S. Sir Percival lautete, und welches ich während meiner Freizeit betrachtete. Auf ihm fand ich folgende Aufschrift: 'Wir alle wünschen Euch vollen Erfolg für Eure Atomversuchsexplosionen von 1972'. Schon früher waren wir durch einen hohen Offizier der französischen Flotte von der Anwesenheit der H. M. S. Percival in der Zone unterrichtet worden. Die Anwesenheit dieser Kriegsschiffe in der französischen Versuchszone